



Neue Zürcher Zeitung, 20.05.2003, Nr. 115, S. 54

Feuilleton

Teilen und herrschen

Politische Kultur in der irakischen Geschichte
von Peter Wien

Die Entwicklungen der letzten Wochen im **Irak** zeigen eine politische Dynamik, deren Ausgang offen ist. Dass sich eine Demokratie im westlichen Sinne durchsetzt, ist nicht ausgemacht. Gibt es historische Anhaltspunkte für eine Einschätzung der Situation?

Es ist nicht in Vergessenheit geraten, dass das britische Imperium nach dem Ersten Weltkrieg bei der Neugestaltung des Nahen Ostens aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches versagte und auch der neue Hegemon USA nach dem Zweiten Weltkrieg nicht erfolgreicher war. Darauf hinzuweisen gehört zum Repertoire derjenigen arabischen Stimmen, die die Missstände der Region gerne ausschliesslich auf äussere Eingriffe zurückführen. Kaum eine andere Hauptstadt dürfte innerhalb der letzten hundert Jahre so oft besetzt worden sein wie Bagdad. Zweimal, 1917 und 1941, marschierten die Briten ein, ein drittes Mal die Amerikaner vor wenigen Wochen. Für den **Irak** nach Saddam Hussein wäre es vermutlich besser, wenn die Iraker aus eigener Kraft zu einem demokratischen Zusammenleben fänden.

Ein Blick in die Geschichte des Iraks könnte - sollte man meinen - mögliche Ansatzpunkte für die Entwicklung einer freien und pluralistischen Gesellschaftsordnung entdecken. Das Ergebnis einer solchen Nachforschung bleibt jedoch ernüchternd, da Politik im **Irak** nie anders als autoritär funktionierte. Schon in dem nach dem Ersten Weltkrieg begründeten Königreich blieb die parlamentarische Verfassung Fassade. Die vom Völkerbund bestimmte britische Mandatsmacht regierte getreu dem Grundsatz kolonialer Herrschaft "Divide et impera", "Teile und herrsche", und verliess sich auf die verschiedenen Netzwerke städtischer Notabeln und ländlicher Scheichs sowie auf Patronage und Klientelismus einer - unterstützten - politischen Elite. 1932 wurde der **Irak** unabhängig, ohne ein krisenfestes politisches System zu besitzen.

Offizierskarrieren

In den folgenden 26 Jahren konstitutioneller Monarchie gelang es nicht, die persönliche Herrschaft einzelner Potentaten durch einen repräsentativen Parlamentarismus zu ersetzen. Die herrschende Klasse versperrte der jüngeren Generation den Weg nach oben. Der Staat behinderte erste Blüten einer literarischen und journalistischen Kultur durch repressive Massnahmen. Zudem bewegte sich die urbane Intelligenzia in gefährlicher Nähe zu den Regierenden, so dass durch Gunsterweisung und - entzug die Kontrolle gewährleistet war. Da es kaum parlamentarische Mittel zur Durchsetzung oppositioneller Interessen gab, nahm der **Irak** ab 1936 eine Entwicklung vorweg, die sich später in der arabischen Welt insgesamt vollzog: Politische Veränderung erfolgte ausschliesslich mit Hilfe der Durchsetzungsfähigkeit von Offizieren, die durch Militärputsche die Macht der alten Cliquen in Frage stellten. 1941 hofften im **Irak** arabische Nationalisten und Offiziere, mit deutscher Unterstützung im Weltkrieg die britische Dominanz abzuschütteln zu können. Bagdad wurde darauf zum zweiten Mal von Briten besetzt.

Die alte Elite kam wieder zum Einsatz und führte das gewohnte Muster der politischen Kontrolle fort, versäumte aber, auf neue Herausforderungen zu reagieren. Nach dem Krieg brachen soziale Konflikte auf, die vorher ignoriert worden waren. Zunehmende Landflucht und Industrialisierung förderten in den Städten die Untergrundtätigkeit der Irakischen Kommunistischen Partei, die durch Säkularismus und Ablehnung der panarabischen Ideologie sunnitischer Nationalisten besonders den Schiiten, Christen und Juden willkommen war. Obwohl die Schiiten von Beginn an eine Mehrheit im Staat gebildet hatten, fanden sie bis in die fünfziger Jahre kaum Zugang zu Staatsdienst und Offiziersrängen. Erst 1947 gab es den ersten schiitischen Ministerpräsidenten, der aber ein Gefolgsmann des grossbritannienfreundlichen Establishments war. In den vierziger Jahren wuchs jedoch im staatlichen Schulsystem das Bildungsniveau der Schiiten und damit ihr Selbstbewusstsein.

Aussichten

Ab Anfang der fünfziger Jahre bot die Baath-Partei eine ideologische Kombination aus arabischem Nationalismus und massvollem Sozialismus an. Sie bildete mit den Kommunisten eine ausserparlamentarische Opposition mit hoher Mobilisierungskraft, während zaghafte Liberalisierungstendenzen eine parlamentarische Opposition aus dem bürgerlich-nationalistischen Lager zuließen. Pressefreiheit und eine wachsende überkonfessionelle Mittelschicht formten nach und nach eine politische Öffentlichkeit. Dennoch blieben die Beziehungen zwischen Regierung und Opposition in den vierziger und fünfziger Jahren weiter von Gewalt bestimmt, eine Tendenz der gesamten modernen irakischen Geschichte. Das galt für Aufstände schiitischer Stämme gegen britische Fremdbestimmung und die sunnitische Zentralregierung in den zwanziger und dreissiger Jahren ebenso wie für die dauernde Unruhe in den Kurdengebieten des Nordiraks, die zeitweise Bürgerkriegsformen annahm. Auch die Parteien, die in der irakischen Monarchie vor der Revolution von 1958 an einem integrierten nationalen politischen System teilnehmen wollten, sahen sich mit der Staatsgewalt konfrontiert. Das Regime trieb Proteste der erstarkenden Gewerkschaften sowie Streiks und Demonstrationen der vereinigten Opposition gewaltsam auseinander. Kriebsrecht und Einschränkung der Pressefreiheit wurden zum Dauerzustand. Als freie Wahlen 1954 zum ersten Mal eine ansehnliche Opposition ins Parlament brachten, wurde es aufgelöst, und die Parteien wurden kurzerhand verboten. Es war nur folgerichtig, dass 1958 nicht Politiker, sondern Offiziere das alte Regime stürzten und gewaltsam die Republik einführten.

Die zivilen Kräfte begrüßten die Revolution, und die Militärs bezogen sie zunächst auch in die Regierung ein. Es erwies sich aber schnell, dass die beiden Militärdiktatoren nach 1958, Abd-al-Karim Qasim und Abd-al-Salam Arif, ihre Macht sichern wollten und sich der Parteien entledigten. Wenn man unterstellt, dass Politik einem Gestaltungswillen Ausdruck geben sollte, dann hatten die Herrschaften der Folgezeit eine unpolitische Tendenz, da sie vor allem dem Machterhalt von Clans und Cliques dienten, trotz sozialistischer Rhetorik und Reformansätzen. Auch die Herrschaft der Baath-Partei und Saddam Husseins ab 1968 war darauf ausgelegt, über disziplinierte Parteistrukturen, zivile Sicherheitsdienste und Kontrolle der Armee Verschwörergruppen zu unterdrücken. Die Parteiarbeit von Kommunisten und Schiiten wurde im Laufe der siebziger und frühen achtziger Jahre zerschlagen. Die Kurden, die im Norden des Landes immer eine gewisse Form der Autonomie bewahren konnten, "bestrafte" Hussein grausam mit den Gasangriffen während des iranisch-irakischen Krieges.

Zwar expandierte in den siebziger Jahren aufgrund der explodierenden Öleinnahmen die Mittelschicht in nie gekanntem Ausmass. Öffentlicher Sektor, Bildungs- und Gesundheitswesen wurden massiv ausgebaut, funktionierten aber über ein System von Gratifikation und Gunst. Es verlangte unbedingte Loyalität gegenüber der Clique, die den Reichtum kontrollierte. Als die Golfkriege und das Sanktionsregime der neunziger Jahre dem System die Geldmittel wieder nahmen, wurden die Zügel dieses Machtsystems nur straffer angezogen.

Keine nationale Öffentlichkeit

So fehlen im **Irak** nach Saddam Hussein für einen schnellen Aufbau demokratischer Strukturen eine eingeübte Praxis der kollektiven Willensbildung und eine nationale Öffentlichkeit. Die einst strikt kontrollierten Medien scheinen heute funktionsunfähig zu sein. Ein gemeinsames Forum einer gesamtirakischen Mittel- oder auch Unterschicht fehlt. Die amerikaorientierte Exilopposition (des INC) repräsentiert sie nur mangelhaft, da ihre Vertreter zum Teil seit Jahrzehnten nicht mehr im Land waren. Anstelle einer übergreifenden irakischen Öffentlichkeit gibt es zum Beispiel in Kurdistan eine partikuläre Öffentlichkeit, wo - immerhin - eine lebendige Presselandschaft zu blühen scheint. Gleichzeitig drängen verschiedene Fraktionen der schiitischen Geistlichkeit mit Macht in den öffentlichen Raum, teilweise mit Unterstützung der schiitischen Exilopposition. Trotz den ethnisch-religiösen Trennlinien sagen viele Iraker, dass sie sich über diese Grenzen hinweg vor allem als Iraker fühlen. Sie fürchten einen Zerfall des Staates mit allen möglichen Folgen, die man aus dem ehemaligen Jugoslawien kennt.

Es gehört zu den Aufgaben der Besatzungsmächte, aber auch europäischer zivilgesellschaftlicher Akteure, dafür zu sorgen, dass öffentliche Foren für diese Gruppe entstehen, die konfessionelle und ethnische Gegensätze überbrücken könnten. In solchen Foren könnten Irakerinnen und Iraker gemeinsame Interessen verhandeln und helfen, die gesellschaftlichen Zentrifugalkräfte zu überwinden. Neben freien Medien gehört dazu auch eine Wahrheitskommission nach südafrikanischem Vorbild. So könnte man Grundlagen für eine demokratische Entwicklung schaffen, wie sie sich zum Beispiel der Exiliraker Kanan Makiya vorstellt. Makiya, Professor für Nahostwissenschaft an der Brandeis University in Massachusetts, stand einer Expertenkommission vor, die im Auftrag des US-Aussenministeriums

letztes Jahr eine Studie dazu vorgelegt hat. Für Makiya sind Föderalismus und Subsidiarität die zentralen Voraussetzungen für eine Demokratie im Irak. Der Begriff "Föderalismus", wie ihn alle Gruppen der irakischen Exilopposition im Dezember letzten Jahres auf einer Konferenz in London anerkannten, steht aber vielen Interpretationen offen; er darf dennoch nicht zu einer Vertiefung der ethnisch-religiösen Gegensätze führen.

Eine neue Verwaltung und Regierung sollte deshalb nicht aufgrund der Gunst und des Vertrauens der Besatzer oder der einflussreichen Stellung der Akteure innerhalb von überkommenen Netzwerken der Macht zustande kommen. Politik ohne öffentliche Willensbildung "von unten" zu gestalten, hat im Irak lange Tradition. Es hiesse wieder "Divide et impera", wenn sich die Amerikaner auf eine "Repräsentation von oben" durch starke Männer verliessen, die jeweils die Kontrolle über verfeindete Gruppen garantieren sollen. Dann würde das Bild eine neue und fatale Symbolkraft gewinnen, das am Tag der Einnahme Bagdads Fernseh Zuschauer in aller Welt einen Augenblick lang irritierte - eine Saddam-Husseins-Statue kurz vor dem Sturz: ein eherner Riese altbekannter Herrschaftsformen im Irak, nur den Kopf in ein Sternenbanner gehüllt.

Der Autor forscht am Zentrum Moderner Orient in Berlin (Humboldt-Universität).

Peter Wien

674493, NZZ, 20.05.03; Words: 1388